

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur.

25. Woche für die Zeit vom 17. bis 23. Juni 1893.

Posen, 26. Juni 1893.

Aus der Provinz Posen.

Aus Nr. 141 des Dziennik Poznański
von 23. Juni 1892:

Eine Versammlung des Vorstandes des polnischen landwirthschaftlichen Zentralvereins und der Delegirten der Filialvereine ist heute unter dem Vorsitz des Rittergutsbesitzers von Zoltowski im BazarSaale abgehalten worden. Der erste Gegenstand der Berathung betraf die Frage der überseeischen Auswanderung. Es wurde beschlossen, dem Patron der polnischen Bauernvereine das Referat über diesen Gegenstand zu übertragen, welches auf dem hier stattfindenden Kongreß polnischer Juristen und Nationalökonomien zum Vortrage kommen soll. Der Vorstand des landwirthschaftlichen Zentralvereins wird ferner an die Vorstände der Filialvereine die Aufforderung richten, zu dem Kongreß Delegirte zu entsenden. Dr. Siegmund Szulbrzyński sprach über die Nothwendigkeit einer einheitlichen Einschätzung der Landwirthe zur Einkommensteuer und stellte den Antrag, daß der Vorstand des polnischen landwirthschaftlichen Zentralvereins die erforderlichen Schritte unternehme zum Schutze der Landwirthe gegen eine unangemessen hohe Heranziehung zur Einkommensteuer. In betreff der Stellungnahme der polnischen Besitzer zum Bunde der Landwirthe beschloß die Versammlung, an dem Beschlusse der Generalversammlung des polnischen landwirthschaftlichen Zentralvereins vom Monat März d. J. festzuhalten, und dem Bunde gegenüber auch weiterhin eine abwartende Stellung einzunehmen.

Der Vorsitzende des polnischen Schulkomitees, Stefan Wolinski hieselbst, macht bekannt, daß die Mittel für die Zwecke des polnischen Privat Sprachunterrichts erschöpft seien, weshalb das Schulkomitee sich genöthigt sehe, an die Opferwilligkeit der polnischen Gesellschaft wieder zu appelliren und die Beihilfe der Herren Einsammler in Anspruch zu nehmen.

Aus Nr. 136 des Dziennik Poznański
vom 17. Juni 1893:

Ueber das Ergebniß der Wahlen.

Angeichts der außerordentlichen Stimmenzersplitterung, welche eine so große Anzahl engerer Wahlen verursachte, ist es schwierig, sich zur Zeit ein klares Bild über das Aussehen des künftigen Reichstages zu machen. Eine entscheidende Rolle bei den Stichwahlen werden die Kompromisse bilden, namentlich ist es interessant, welche Stellung die konservativen Parteien in den einzelnen Wahlbezirken, in welchen die Freisinnigen oder das Centrum mit

den Sozialisten die Lanze brechen werden, einnehmen werden. Mit gewisser Wahrscheinlichkeit kann jedoch vorausgesehen werden, daß die Konservativen nur solche Kandidaten der Freisinnigen und des Centrums unterstützen werden, welche sich für den Antrag Huene erklärt haben, anderenfalls sie sich der Abstimmung enthalten werden. Interessant und gleichzeitig erschreckend ist der Aufschwung der Sozialdemokratie in Deutschland, welcher aus den bisherigen Mittheilungen über den Wahlkampf ersichtlich ist. Dort wo früher die Sozialdemokratie kaum zu flüstern wagte, schreit sie heute aus vollem Halse, wo früher kaum hier und dort eine einzelne Pflanze des Sozialismus keimte, verbreitet sich heute das Giftkraut und bedeckt üppig Deutschlands Auen. Sobald das ganze Wahlergebniß bekannt sein wird, werden wir dieser Sache eine ganze Reihe von Artifeln widmen und beweisen, daß die Ursache des gefährlichen Aufschwungs des Umsturzesgedankens nicht in der sozialistischen Rührigkeit, sondern vor Allem in der Schulpolitik steckt, welche sich immer noch auf der Bismarckschen Bahn bewegt. Für heute wiederholen wir nur das alte römische Sprichwort: Caveant consules!

Aus Nr. 137 des Dziennik Poznański
vom 18. Juni 1893:

Betrifft die Reichstagswahlen.

Nach den neuesten, bis jetzt uns zugegangenen Nachrichten sind in neun Wahlkreisen unsere Kandidaten gewählt worden. Es sind dies die nachstehenden Herren: Prinz Adam Czartoryski, Prinz Józef Czartoryski, Dr. Siegmund v. Dziembowski, Probst Dr. v. Jagdzewski, Dr. Roman v. Komierowski, Joseph v. Koscielski, Karl Kubicki, Graf Szeffler v. Kwielecki, Prinz Ferdinand Radziwill.

Es sei noch nicht dagesewen, bemerkt das Blatt unter Anderem, daß die Deutschen nicht von vornherein in zwei oder drei Wahlkreisen den Sieg davongetragen hätten. Dies beweise, daß die Polen hier auf ihrem Grund und Boden in der Mehrheit seien und daß die Agitation von polnischer Seite besser gewesen sei, als gewöhnlich, sowie daß das nationale und bürgerliche Bewußtsein immer breitere Kreise durchdringe. Dies sei eine erfreuliche Erscheinung, welche alle diejenigen, welche das Volk liebten und denen das allgemeine Wohl am Herzen liege, zu einer noch energischeren Thätigkeit anspornen müßte.

Nur die unglückliche Posener Sezession sei ein dunkler Punkt in der ganzen Wahllaktion. Durch dieselbe würden die Polen zu einer wiederholten Wahl gezwungen in einem Bezirke, in welchem sie von vornherein gesiegt und in Betreff dessen die Wähler keine Besorgniß gehabt hätten. Erst Dr. Szymanski habe mit seinen Aufwieglern

die Gegner wachgerufen und zum Kampfe angeregt. Der Artikel wendet sich dann in scharfen Worten gegen die Bestrebungen des Dr. Szymanski, dem er zum Vorwurf macht, daß er für seine Kandidatur selbst agitirt und Stimmzettel vertheilt habe, wie dies auch seitens der Expedition des Drendownik geschehen sei. Dank der Thätigkeit des p. Szymanski werde es nunmehr zur Stichwahl zwischen den Herren Cegielski und Hoffmeyer kommen. Angesichts dessen werden die polnischen Wähler aufgefordert, ihre Pflicht zu thun und sich den Wahlkreis Posen mit der „Hauptstadt Großpolens“ von den Gegnern nicht zu entreißen zu lassen.

Aus Nr. 136 des Kuryer Poznański
vom 17. Juni 1893:

Die Seceßion der Parteigänger des Drendownik

verursachte einen bedeutenden Verlust für unsern legalen Kandidaten. Herr Dr. Szymanski entriß demselben in der Stadt 897 Stimmen; 431 gewannen infolge der platzgegriffenen geistigen Verwirrung, wie sie die Agitation der Jünger des Drendownik herbeiführte, die Sozialdemokraten, und außerdem enthielten sich ungefähr 200 Wahlberechtigte der Stimmenabgabe, da sie wahrscheinlich durch die Beschimpfungen, denen Herr Cegielski seitens der Sozialisten und der mehr bekannten Parteigänger Szymanskis ausgesetzt war, abwendig gemacht worden waren. Auch war die Agitation unsererseits eine schwache, was nicht Wunder nehmen darf, da die Vertrauensmänner des Komitees sich nicht überall der Mitbewerbung der bezahlten Agenten eines Szymanski und Morawski aussetzen wollten. Uebrigens konnte man wahrnehmen, daß es weder Herrn Szymanski noch Herrn Morawski an Geld gebrach, um in Stadt und Umgegend zu agitiren. Der freisinnige Kandidat erzielte doppelt soviel Stimmen, als vor drei Jahren (1890 1312, gegenwärtig 2511). Dafür ist der Verlust des konservativen Kandidaten verhältnißmäßig klein (1890 2056, 1893 1786).

Soweit sich die vorliegenden Resultate überblicken lassen, wird Herr Szymanski in beiden Landkreisen trotz eifrigster Agitation nicht soviel Stimmen, als in Posen erhalten. In diesem Falle könnte man die Hoffnung hegen, daß unser legale Kandidat schon im ersten Wahlgange siegen werde. Sollte es dagegen zu Stichwahlen kommen, so würde daran ausschließlich Herr Szymanski die Schuld tragen. Die dadurch verursachten Unkosten in Höhe von 30 000 Mark würden hiernach dem Wahlkreis Posen durch denselben, Dr. Szymanski, aufgebürdet, der sich über die geringste Mehrbelastung entrüstet. Wir werden diesen Punkt noch des Nesteren berühren. Heut wiederholen wir nur das Urtheil, welches sich Herr Szymanski vor neun Jahren gelegentlich der Seceßion des feiligen Niegolewski selbst gesprochen hat: „der Bruch der Solidarität und der Versuch, sich selbst als Kandidaten aufzustellen, sind nationale Verbrechen.“

Aus Nr. 136 des Oredownik vom 17. Juni 1893:

„Posen hat die Solidarität gebrochen.“

Der Drendownik ist anscheinend hoch erfreut über den Ausfall der Wahlen in Posen Stadt und Land und giebt in einem langen Leitartikel seiner Genugthuung darüber Ausdruck, daß es ihm nun gelungen sei, der verhassten Hofpartei eine Lehre zu geben. Die Kernsätze der Ausführungen sind folgende:

„Die frühere Einmüthigkeit innerhalb der Posener Bürgerschaft ist geschwunden. In Posen selbst und den beiden großen Vororten Zerfisch und Wilda hat sich eine gegen die polnische Fraktion gerichtete, achtunggebietende Opposition bemerkbar gemacht, die zum Theil durch die Wahl des Oppositionsführers Szymanski, zum Theil durch Wahlenthaltung ihre Unzufriedenheit mit der Politik à la Koscielski kundgab. Ohne nach Art der andern Parteien zu agitiren und Stimmung zu machen, hat die Gegnerschaft spontan ihrem Willen bewußten Ausdruck gegeben. Die Schuld an der Spaltung trägt: 1) das Wahlkomitee für Posen Stadt, welches an der Kandidatur Cegielski eigensinnig festgehalten, 2) das Provinzialkomitee, das diese Aufspaltung gutgeheißen hat, 3) Cegielski selbst, der sich der erstrebten Würde nicht entäußern wollte, obgleich er die ihm feindliche Stimmung ganzer Volksschichten kannte.“

Die Kandidatur Szymanski war ein Akt der Nothwendigkeit. Hätte sie nicht bestanden, so wäre die Wahlenthaltung eine noch stärkere gewesen oder ein großer Theil der auf ihn entfallenen Stimmen wäre den andern gegnerischen (deutschen) Kandidaten oder gar dem Sozialisten zu Gute gekommen. Man ist mit dem politischen Verhalten Cegielski's so unzufrieden, daß er es nur dem Zauber des Wortes „Solidarität“ zu verdanken hat, daß in Posen noch 3200 Stimmen auf ihn entfallen sind. „Solidarität“ ist ein tochter, formeller Begriff, der uns Polen in der Form, wie ihn die hohe Politik unserer Abgeordneten 30 Jahre lang auf den Lippen und nicht im Herzen trug, nur Täuschungen und Demüthigungen eingebracht hat. Heut in dem Momente, wo sich das Polenthum zu bürgerlicher Selbstständigkeit aufraffen will, wird es von der Hofpartei gelenkt, geknebelt und durch seine Presse beherrscht. Bei all' diesen trüben Erscheinungen wollen die intelligenten, mittleren Volksschichten lieber ihre eigenen Wege gehen. Die Zukunft wird darum der Hofpartei noch ärgere Schlappen als die jetzige zufügen. Die veralteten, verwitterten Begriffe, die das Polenthum solange zu dessen materiellen Ruin einer Fahne folgen ließen, werden jetzt verworfen, da die sozialen Verhältnisse dies unumgänglich fordern. Die 1000 für den Sozialisten abgegebenen Stimmen sind nicht etwa das Produkt der gepredigten sozialistischen Wahngelüste. Unser Volk ist viel zu religiös, um sich durch dieselben verleiten zu lassen. Nein, nur der Kampf ums Dasein hat wenigstens 600 der obengenannten Wähler dem Sozialisten zugeführt. Wäre nicht die Kandidatur Szymanski gewesen, so dürfte sich naturgemäß eine noch größere Stimmenzahl auf den Tischler Morawski vereinigt haben.

Darum Ehre der Posener Bürgerschaft, die unsere Gesellschaft vor der Versumpfung retten und anderentheils das Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen dadurch verhindern wollte, daß sie den Dr. Szymanski wählte.“

Aus Nr. 137 des Oredownik
vom 18. Juni 1893:

Der Kampf des polnischen Volkes

um seine rechtliche bürgerliche und nationale Stellung hat unter einem glücklichen Stern begonnen.

Wenn die Kandidatur Cegielski in Posen schon in der Hauptwahl von Erfolg begleitet sein sollte, so würde dies eine Niederlage der Sache des Volkes bedeuten; dagegen ist es als ein Sieg derselben aufzufassen, wenn die Opposition durch ihr Verhalten eine Stichwahl herbeiführt.

In Ratibor ist der Kandidat des Volkes, Lehrer emer. Robota mit 5749 Stimmen seinem Gegner, dem Propst Frank aus Berlin, welcher 9582 Stimmen erhielt, unterlegen. Aber diese scheinbare Niederlage stellt in Wirklichkeit einen Sieg des Polenthums dar, daß seine Kräfte endlich gefühlt und ungefähr 6000 Stimmen auf seinen Kandidaten vereinigt hat. Das ist ein großer Fortschritt.

In Beuthen trug die polnische Bevölkerung einen glänzenden Sieg über die Ueberlegenheit der Intelligenz und des Kapitals der Deutschen, sowie über den Einfluß der Geistlichkeit davon. Herr Major Szmula erhielt 20 751, Propst Mehrlich nur 9532, der Fortschrittler 1591, der Sozialist 239, die Gegner der Polen insgesamt 11 362 Stimmen.

Das ist ein glänzender Sieg!

Nachdem unsere Redaktion gestern telegraphisch von dieser freudigen Neuigkeit Kunde erhalten hatte, antworteten wir dem Katolik:

„Ihr seid für die Sache des Polenvolks unter preußischem Scepter eingetreten. Ehre dem obereschlesischen Volke! Ehre dem Katolik! Es lebe Major Szmula!“

Wir glauben, daß der Beuthener Sieg unsere Landsleute geistig heben und auch hier in Großpolen die nationale Gegnerschaft der Hofpartei stärken wird.

In und bei Danzig liegt die Sache anders. In der Stadt selbst erhielt Propst Prabucki 303, im Landkreise Herr Rulerski bisher 283 Stimmen. Nicht viel zwar und doch von Bedeutung als nationale Kundgebung. Wir wünschen unseren dortigen Landsleuten den besten Erfolg für die fernere Thätigkeit.“

Die Sozialisten erhielten in den polnischen Gegenden soviel Stimmen, wie bisher nie. Auch der Antisemitismus hat zum ersten Male bei uns Anhänger gefunden.

Wir bitten unsere Freunde ergebenst, uns betreffs der Wahlthätigkeit beider genannter Parteien soviel als möglich Informationen zukommen lassen zu wollen.

Die Preßthätigkeit der Geistlichen.

Seit einiger Zeit arbeitet Propst Jezewski von der Pfarrkirche für den Wielkopolanin und von diesem Augenblicke an unterstützt dies Blatt die Hofpartei aufs Eifrigste, während es gegen die mittleren Schichten der Bevölkerung Schimpfworte ausstößt. Der W. war der Erste, welcher das Märchen vom heiligen Vater in die Welt setzte, der wohl gewußt habe, warum er den Abgeordneten von Komierowski, den Freund der erhöhten Steuerlasten, zu seinem Kammerherrn ernannte.

Ob Propst Jezewski zum Wielkopolanin beordert ist oder ob er aus eigenem Antriebe für dies Blatt arbeitet, ist gleichgültig. Es genügt die Thatsache, daß auch Dompropst Stychel seit Monaten Mitarbeiter des Kuryer ist. Diese Zeitung ist gleichfalls dafür bekannt, daß sie bezüglich der Mittel nicht wählerisch ist und der Hofpartei durch Beschimpfung Anderer den Weg bahnt. Doch war der Kuryer schon vor dem Eintritt des Propstes Stychel derselbe, schon zur Zeit des geistlichen Mitarbeiters Dr. Lebinski, der diesem Blatte die bekannten Artikel liefert.

Beide Zeitungen, Kuryer und Wielkopolanin, rufen in letzter Zeit den Eindruck hervor, als ob sie von der Centralinstanz der Hofpartei die Aufgabe zuertheilt erhalten hätten, unsere Bevölkerung von oben herab in gemeiner Weise mit Schimpfworten zu traktiren, um dieselbe in die Rege jener Partei zu treiben. Man hat auf diesem Gebiete

die Erfahrung darin für sich und verdankt dieser Art Praxis bereits manchen Erfolg. Wir gedenken nur des im Kuryer enthaltenen Vorstoßes gegen den Propst Dr. Juzdzewski. Man scheint mit der Erwartung zu rechnen, daß das polnische Volk sich wieder ebenso werde ins Bockshorn jagen lassen.

In den Handwerkerkreisen der Stadt Posen ruft es große Entrüstung, ja, sogar Aergerniß hervor, daß an diesen beiden Tagesblättern Geistliche thätig sind und den gewöhnlichen Schimpfereien durch ihre priesterliche Autorität gewissermaßen Werth verleihen. Manche Geistliche Großpolens haben sich zu sehr in den Strudel der Agitation gestürzt. Wer hat ihnen das anempfohlen, da doch die Frage der Heeresvermehrung die Interessen der Geistlichkeit wahrlich in diesem Grade nicht berührt? Der Dekan Rynski zieht die Person des heiligen Vaters in die Wahlbewegung und erwidert im Postemp denjenigen, welche gegenheiliger politischer Ansicht sind, sie seien „Pack.“ Der Dekan Drzewski aus Pawlowice untersagt seinen Parochianen die Lektüre des Drendownik unter der Androhung kirchlicher Maßregelung. Was soll das heißen? Haben kirchliche Gebräuche etwas mit der Militärvorlage zu thun? Wer doch dem Dekan bedeuten wollte, daß er durch eine derartige Agitation selbst an Werthschätzung bei Denkenden einbüße und daß sich der Drendownik aus seiner Gunst und Gnade nichts mache, da er selbige entbehren könne!

Heut ist das Volk in Stadt und Land nicht mehr so befangen, um sich durch solche Geistliche und durch die Schimpfartikel des Kuryer und Wielkopolanin einschüchtern zu lassen. Und sollte es in dieser Manier weitergehen, so werden die Genannten die Geister, die sie riesen, nicht wieder los werden, da das im tiefsten Innern verletzte Volk sich bewußt geworden ist, wohin die Agitation mancher Geistlichen führen dürfte. Man weiß es allgemein, woher der Ansporn zu solcher wüsten Agitation stammt und in wessen Interesse diese Geistlichen sich derart exponiren.

Von Hofpartei's Gnaden haben wir die heutige Disharmonie unter der Wählerschaft und den Bruch der Solidarität. Nur der Blinde sieht es nicht, daß eine versteckte Hand die Propste in den politischen Parteihader hineinzieht, um das Einvernehmen zwischen Geistlichkeit und Volk zu untergraben. Die verheißenen Erleichterungen werden ausbleiben; was jedoch eintreffen wird, das ist — die Spaltung der Nation.

Wollten die Geistlichen doch in Erwägung ziehen, wie es ihrem Amtsbruder Mehrlich in Beuthen am verflossenen Donnerstag gegangen ist! Das Volk hat sich als der Geistlichkeit überlegen erwiesen. Das Gleiche steht bei uns bevor! Das Volk wird sich mit den Geistlichen Rath wissen, die der Hofpartei sekundiren, um das Volk geistig zu knebeln.

Aus Nr. 137 des Kuryer Poznański
vom 18. Juni 1893:

Aus Zbaszyn, 16. Juni.

Interessante Sachen erfahre ich aus Balencin, wie man dort unseren Landsleuten die Ausübung des Wahlrechts erschwert hat. Der dortige Besitzer, Hauptmann Wenzel, wollte die polnischen Arbeiter zwingen, ihre polnischen Wahlzettel ihm abzugeben und dafür deutsche anzunehmen. Als die Polen sich dessen weigerten, verwehrte der Hauptmann Wenzel und sein Inspektor Ernst denselben den Zutritt zum Wahllokal. Einige der polnischen Wähler gaben aus Schreck über das Auftreten dieser Herren deutsche Zettel ab.

Ist dies dem Rechte entsprechend?
(In erster Linie ist die Angelegenheit dem Wahlkommissar zu unterbreiten, und wenn dies keinen Erfolg haben sollte, der Staatsanwaltschaft Anzeige zu machen. Red.)

Aus Nr. 141 des Kuryer Poznański
vom 23. Juni 1893:

Aufruf.

Wähler der Stadt Posen!

Infolge der Unbotmäßigkeit eines Bruchtheiles der Wähler gegenüber den rechtmäßigen Wahlbehörden erhielt unser Kandidat Herr Cegielski am 15. d. M. nicht die erforderliche Mehrheit. Zum ersten Male hat es sich im Wahlkreise Posen zugetragen, daß der polnische Kandidat nicht sogleich im ersten Wahlgange siegte. Es kommt daher am 24. d. M. zur Stichwahl zwischen dem polnischen Kandidaten Herrn Cegielski und dem deutschen, Herrn Hoffmeyer aus Plotnik.

Polnische Wähler! Angesichts dessen, daß der Wahlkampf am 24. sich zwischen einem Polen und einem Deutschen abspielt, ist unsere Stellungnahme unzweifelhaft klar. Kann es möglich sein, daß auch nur ein Pole dem deutschen Kandidaten seine Stimme giebt, der als Abgeordneter einer uns am feindlichsten gesinnten Partei beitreten würde, einer Partei, die stets einmütig und voll Eifers den antipolnischen Gesetzen zustimmte? Wir halten es für unmöglich, daß sich Jemand soweit vergessen könnte. Wir glauben ferner nicht, daß ein Pole der Wahlurne fernbleiben kann, da derselbe dadurch unsere Feinde unterstützen würde.

Wähler! Wir Polen haben in unserm Wahlkreise bei weitem das Uebergewicht. Gestatten wir es darum nicht, daß uns ein Deutscher repräsentire, der mit allen Kräften unsere Sprache und Religion zu schädigen versuchen würde.

Polnische Wähler! Der Sieg am 24. d. M. hängt von uns selbst ab. Nur die eigne Nachlässigkeit könnte uns denselben streitig machen. Seien wir darum thätig und auf der Hut und wählen wir Alle unsern Kandidaten Herrn Cegielski!

Posen, den 19. Juni 1893.

Das Wahlkomitee für Posen Stadt.
(Unterschriften.)

Aus Nr. 138 des Oredownik
vom 20. Juni 1893:

Der Oredownik erläßt für Cegielski folgenden Aufruf:

Landsleute!

Vor den Wahlen übersandten wir Euch Wahlzettel auf den Namen des Herrn Dr. Szymanski aus Posen lautend, damit Ihr am Wahltag, den 15. d. Mts. Eure Stimme gegen Herrn Cegielski abzugeben vermöchtet. Es handelte sich darum, die Kandidatur Cegielski im ersten Wahlgange durchfallen zu machen und dadurch ihm selbst und in zweiter Linie dessen Kollegen, den übrigen Abgeordneten zu beweisen:

- 1) daß das Polenthum nicht gewillt ist, sich durch seine eigenen Abgeordneten neue Lasten aufbürden zu lassen,
- 2) daß das Polenthum es nicht erträgt, sich durch seine eigenen Abgeordneten mittelst des Blendwerks trügerischer Versprechungen genarrt zu sehen.

Am vergangenen Donnerstag habt Ihr gezeigt, um was es sich bei Euch handelt, indem Ihr in so großer Anzahl für Herrn Szymanski gestimmt habt, daß Herr Cegielski durchfiel.

Dank Euch dafür! Ihr habt Euch wacker gehalten!

Am künftigen Sonnabend, den 24. d. M. kommt es zur Stichwahl zwischen dem Polen Cegielski und dem Deutschen Hoffmeyer. Alle für einen anderen Kandidaten abgegebenen Stimmen sind ungültig.

Landsleute! Es ist nicht unsere, sondern des Komitees Schuld, daß wir zur Rettung der nationalen Sache die Solidarität brechen mußten. Wie wir Euch damals aufgefordert haben, Herrn Dr. Szymanski zu wählen, so fordern wir Euch heut auf, **am 24. d. Mts. für Herrn Cegielski aus Posen zu stimmen!** Wir bitten dringend, unsere Mahnung befolgen zu wollen.

Niemand darf sich am Sonnabend der Wahl enthalten!

Denjenigen geehrten Herren in beiden Landkreisen, welche für ihre Umgegend Zettel mit dem Namen des Herrn Szymanski zur Vertheilung übernommen haben, gehen je mehrere Exemplare dieses Aufrufs mit der ergebenen Bitte zu, Jedem, den es angeht, bedeuten zu wollen, daß wir am Sonnabend alle unsre Stimmen auf Herrn Cegielski vereinigen.

Posen, 19. Juni 1893.

Das Komitee.

Stanislaus Offierski, Hausbesitzer.
Joseph Matuszewski, Tischler. Joseph Siemianowski,
Redakteur. Johann Strzypczak, Hausbesitzer.
J. Zablocki Kaufmann.

Aus Nr. 138 des Dziennik Poznański
vom 20. Juni 1893:

Erklärung des Abgeordneten Cegielski.

Vom Abgeordneten Herrn St. Cegielski erhielten wir folgendes Schreiben:

Angesichts der absichtlich und fortwährend verbreiteten Nachricht, ich hätte bei irgend einer Gelegenheit die Aeußerung fallen lassen, sechs Mark müßten für den wöchentlichen Unterhalt eines Arbeiters mit Familie genügen, erkläre ich, daß ich weder dies noch etwas Aehnliches jemals gesagt habe und daß Diejenigen, die mir obige Worte in den Mund legen, sich einer schamlosen Lüge und absichtlichen Verleumdung schuldig machen.

Mir ist das Märchen von den sechs Mark schon früher zu Ohren gekommen, ich habe jedoch angenommen, Niemand von den Wählern werde es glauben, daß ich jemals eine so ungeheuerliche und gleichzeitig absichtliche Aeußerung hätte fallen lassen können.

Da mir jedoch von vielen Seiten mitgetheilt wird, daß sogar Leute, mit gutem Willen diesen Verleumdungen Glauben geschenkt haben, so sehe ich mich veranlaßt, obige Erklärung abzugeben.

Posen, den 19. Juni 1893.

Stephan Cegielski.

Aus Nr. 138 des Dziennik Poznański
vom 20. Juni 1893:

Propst Tasch = Vissa.

Aus Vissa wird uns Folgendes geschrieben:
„Der Propst Tasch hat den Grafen Dabski und Herrn Johann von Chlapowski bevollmächtigt

in den deutschen Lokalblättern von Fraustadt und Lissa bekannt zu machen, daß er an alle Diejenigen, die für ihn gestimmt, das Ersuchen richtete, ihre Stimmen bei der Stichwahl für den Herrn Baron von Chlapowski-Szoldry, als dem katholischen Kandidaten abzugeben, was wir hiermit zur Kenntniß der Wähler bringen.

Aus Nr. 137 des Wielkopolanin
vom 18. Juni 1893:

Wahlmanöver.

Bromberg, 15. Juni 1893.

Unsere deutschen Herren im Kreise lassen sich bethören. Herr Speichert, der Besitzer von Mochel, der in der Volksversammlung als ehrenwerther Offizier bezeichnet wurde, der keinem Arbeiter unrecht thue, wenn derselbe naturgemäß seinen katholischen Glauben halte, seine Stimme einem rechtgläubigen Polen und Katholiken gebe und lieber eine ehrliche polnische als eine sozialistische Wahlversammlung besuche, derselbe Herr Speichert bedrohte diesmal die polnischen Wähler, seine Arbeiter in Mochel, Protomka und Chmielewo für ihre Ueberzeugungstreue mit Dienstentlassung. In derselben Angelegenheit soll er auch den Wirth Herrn Debski in Szejutki besucht haben.

Die polnischen Wähler ließen sich nicht schrecken und bewiesen Herrn Speichert, daß Fürst Bismarck, der Schützling der Liberalen, Agrarier und Antisemiten sich die Hände reibe und die Trübung des inneren Friedens im Lande anstrebe. Herr Falkenthal's Kandidatur sei nur von deutschen Liberalen, Agrariern und Reserveoffizieren aufgestellt worden. Wer ein Freund der Ordnung sei und die Wiederkehr des unglückseligen Kulturkampfes und dessen Urheber, der mit ihrem kaiserlichen Herrn in Unfrieden lebenden Falk und Bismarck, nicht herbeiwünsche, könne Herrn Falkenthal seine Stimme nicht geben, der in verschiedenen Farben schillern und drei Herren — den Liberalen, den Großgrundbesitzern und Freikonservativen gleichzeitig dienen wolle, sondern müsse einzig Herrn v. Szarlinski wählen.

Man beabsichtigt in dieser Angelegenheit gerichtlich gegen Herrn Speichert vorzugehen, um sich zu überzeugen, welche Strafe er für die ausgestoßenen Drohungen verwirkt hat und ob die Nase des Tabaks oder der Tabak der Nase wegen da sei. Wenn der Tabak der polnischen Arbeiter nicht behagt, der möge sich ändern besorgen, die Wahlfreiheit jedoch unangestastet lassen.

Noch etwas aus Wojnowo. Dort überwiegt die polnische Bevölkerung, die doch rechtlich den Deutschen gleichsteht. Gleichwohl bestellte der Wahlvorsteher keinen Polen, sondern nur sechs Deutsche als Beisitzer. Unter diesen befand sich auch Herr Speichert, Mochel. Dieser Herr breitete auf dem Wahlstische in unmittelbarer Nähe der Wahlurne ein Häufchen Wahlzettel aus und faltete sie ohne Verlegenheit und Gene wie Zigaretten, als wenn er sie, so konnte es scheinen, „seinen Leuten“ als Kartoffel-auslesemarken austheilen wollte. Auf diesen Zetteln des Herrn Speichert war von Weitem der Name „Falkenthal“ zu lesen. Erst als ein polnischer Wähler die Aufmerksamkeit des Herrn Vorstehers auf diese unerhörte Ungerechtigkeit lenkte, nahm Herr Speichert ohne Widerrede seine geschlossenen und offenen Wahlzettel auf und entfernte sich aus dem Wahllokal.

Dies trug sich um 1/2 11 Uhr nach bereits erfolgter Konstituierung des Bureaus, nach Nominierung, Einführung und Verpflichtung der Beisitzer und nach geschehener Abgabe mehrerer Wahlzettel zu. Da sich in Wojnowo derartige unerwartete Ungehörigkeiten

ereignet hatten, mußten die Polen während des ganzen Tages bis 6 Uhr Abends einen Aufpasser, oder wie ihn die Deutschen nannten, „Schutzengel“ im Wahllokal belassen. Im Kreise Bromberg müssen die Polen bei ähnlichen Gelegenheiten schon dies Opfer an Zeit bringen. Der „Schutzengel“ flüßt, das behaupte ich, ohne ein Wort zu sprechen nur durch seine bloße Anwesenheit, sowohl den polnischen Wählern als den deutschen Wahlbeamten einen gewissen Antrieb zur Pflichterfüllung ein.“

Aus Nr. 138 des Kuryer Poznański
vom 20. Juni 1893:

Das Kompromiß in Bromberg.

Bromberg, den 18. Juni 1893.

Das Neueste! Die Partei des Herrn Bürgermeisters Braesicke, welcher am 15. Juni 4 203 Stimmen erhalten hat, beschloß, da die Interessen des Freisinns im höchsten Grade von denen der Agrarier des Bromberger abweichen, am 24. d. M. für den Polen zu stimmen. Wenn Wort gehalten wird, müßte der Mischmasch der Bromberger Liberalen, Agrarier und konservative Bismarckverehrer in der Person seines Kandidaten Falkenthal eine Niederlage erleiden.

In unserem Wahlkreise stößt man thatsächlich auf solche Anomalien wie selten wo in Deutschland. Es giebt hier deutsche Großgrundbesitzer, Agrarier, wie sie sich jetzt nennen, welche 6 bis 10 Reit- und Zugpferde ihr eigen nennen, 3 bis 6000 Morgen besitzen, mehrere Tausend Mark für Unterhaltung ihres Herrensitzes und ihrer Familie, des Parkes, der Orangerie, für Pomp, Laternen, Köche, Kutscher, Kammerdiener, Jagd ausgeben, die zentnerweise Champagnerflaschen und Korken verkaufen und doch nur 46 bis 72 Mark jährliche Einkommensteuer zahlen. Diese niedrige Staatssteuer beweist, daß diese Agrarier nicht viel, besser gesagt, garnichts zum Wohle der Allgemeinheit, des Staates, der Provinz, des Kreises, der Gemeinde beitragen. Ein Elementarlehrer, der Dienstalterszulage erhält und in guten Verhältnissen lebt, hat ebenfalls 30 bis 40 Mk. Einkommensteuer zu zahlen. Diese Herren Großgrundbesitzer geben den Ton im Kreise an, haben Einfluß und Ansehen, präbendieren für ihre Söhne Offiziers- und Richterstellen und für sich staatliche Geldquellen zu 2 und 2 1/2 Proz. und wollen unter der Bedingung Konsumenten sein, daß die Kaufleute, Handwerker, Kolonisten und Unterbeamten zur Unterhaltung der für die großen Herren bestimmten verschiedenen staatlichen Institute mit beitragen. Von Schulabgaben sind sie gewöhnlich gänzlich befreit.

Diese Herren sehen sich nach den, wenn nicht seitens des Fürsten Bismarck, so doch seitens des Sohnes desselben Herbert, zur Verfügung gestellten Fonds um. Da nun Bismarck der heutigen Regierung feindlich gegenübersteht, so kann das Bromberger Kartell der Liberalen und Konservativen im Ernst nicht regierungsfreundlich sein.

Gegenüber diesem Kartell, dessen zahlreiche agrarische Mitglieder hier im Kreise ihr Ansehen dadurch erhalten, daß sie die polnischen Arbeiter zwingen, bei den Wahlen nach ihrer Pfeife zu tanzen, erklärten sich entschieden die Freunde des Herrn Braesicke, da sie das Dominiren dieser Herren für die Städte, die Handwerker, Gewerbetreibenden und kleinen Besitzer für ein Unglück ansehen. Hieraus erklärt sich das Kompromiß mit den Polen.

Aus Nr. 139 des Dziennik Poznański
vom 21. Juni 1893:

Offener Brief
an Se. Excellenz den Königlichen Ober-
präsidenten der Provinz Posen, Herrn
Freiherrn v. Wilamowicz-Möllendorf.

Excellenz!

Die unterzeichnete Redaktion wendet sich ganz gehorsamst an Euer Excellenz in nachstehender Angelegenheit:

Der Rektor der hiesigen III. Gemeindeschule Herr Rzesniżek hat den diese Schule besuchenden polnischen Kindern verboten, während der Pausen in der Klasse und auf dem Schulhofe untereinander polnisch zu sprechen.

Für Uebertretung dieser Verfügung während der Pause bestrafte er die Schülerin der 3 b.-Klasse Sophie Kosmalska mit zwei Rohrstockhieben auf die Hand.

Nach welchem Grundsatz Herr Rektor Rzesniżek eine solche uns Polen in Entrüstung und Erbitterung versetzende Anordnung getroffen hat, wissen wir nicht. Es ist uns nur bekannt, daß der Herr Kultusminister Dr. Bosse in einer diesjährigen Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses auf die Beschwerde des Abgeordneten Motty geantwortet hat:

„Es ist wohl möglich, daß irgend ein Lehrer ein derartiges Verbot (d. h. an die Kinder, untereinander polnisch zu sprechen) erlassen hat. Zutreffendenfalls erachte ich ein solches Verbot für gesetzwidrig und ich würde, falls diesbezügliche Beschwerden mir zugehen sollten, ihm dies unterlagen, denn ein derartiges Verbot ist gesetzwidrig und unnatürlich.“

Angeichts dieses erlauben an Euer Excellenz wir uns gehorsamst die Frage zu richten, ob Euer Excellenz die Sache bekannt ist und ob einem untergeordneten Beamten erlaubt ist, derartige uns polnische, ebenfalls unter der verfassungsmäßigen Regierung lebende Bürger aufreizende und erniedrigende Verfügungen zu erlassen?

Mit größter Hochachtung

die Redaktion
des Dziennik Poznański.

Aus Nr. 138 des Dziennik Poznański
vom 20. Juni 1893:

Offener Brief
an den Grafen Herrn Posadowsky-Wehner.

Hochgeborener Herr Graf!

Das hiesige polnisch-katholische Waisenkind Stephan Przybylski ist aus der polnisch-katholischen Familie des Herrn Wunsch, bei welcher es in seinem Glauben erzogen wurde, fortgenommen und in die Provinz verschickt worden. Dies soll auf Euer Hochgeboren Anordnung geschehen sein. Wohin der p. Przybylski hingekommen und in welcher Familie er untergebracht worden, ist unbekannt, weil ein Geheimniß darüber obwaltet. Die Gesellschaft muß jede einzelne Person im Auge behalten, anderenfalls hätte dieselbe weder in sittlicher noch in sozialer Beziehung einen Werth. Auch unsere Gesellschaft ist in Betreff der Zukunft und des Schicksals des Waisenkindes Przybylski beunruhigt und sehr erbittert. Zur Beseitigung dieser Erbitterung erlauben an Euer Hochgeboren wir uns die Frage zu richten, wohin der p. Przybylski fortgeschafft und bei welcher Familie bzw. wo derselbe untergebracht worden ist?

Mit Hochachtung

Die Redaktion des Dziennik Poznański.

Aus Nr. 135 des Dziennik Poznański
vom 16. Juni 1893:

Aus der Stadt, den 14. Juni.

Das Verbot des Rektors Rzesniżek
polnisch zu sprechen.

Es ist bereits über eine Woche vergangen, seit dem Tage, an welchem ich durch Vermittelung des Dziennik Poznański von dem Verbot des Rektors der III. Stadtschule Herrn Rzesniżek Mittheilung machte, laut welchem den Schülern dieser Schule während der Pausen weder in der Klasse, noch in dem Hofraum gestattet sein soll, polnisch zu sprechen. Der p. Rzesniżek hat diese Mittheilung nicht abgeleugnet, weil er dies nicht konnte. Obwohl der Urheber jener Anordnung die ihm hierzu von seiner vorgesetzten Behörde ertheilte Erlaubniß nicht vorzuweisen im Stande ist und sich auch nicht auf pädagogische Rücksichten berufen kann, obwohl dieser Schritt ungesetzmäßig, willkürlich und verfassungswidrig war, hat der aus Oberschlesien hier zugezogene Leiter dieser Schule es bis jetzt nicht für angezeigt erachtet, dieses an gewisse russische Klase stark erinnernde Verbot zurückzunehmen. Diese eigenthümliche Auffassung seiner Pflichten und Ausnutzung seiner Stellung ist ebenso auffallend wie empörend. Der Herr R. rechnet wohl darauf, daß die im Dziennik angeregte Sache wieder in Vergessenheit gerathen und die polnische Schuljugend gezwungen sein wird, sich seiner Eigenmächtigkeit weiter zu fügen. Wir halten jedoch die Angelegenheit für zu wichtig, als daß jener Pädagoge sich in seiner Hoffnung bezüglich unserer Gleichgültigkeit und Willfährigkeit nicht getäuscht sehen sollte.

Herr Rzesniżek hat ja durch seine weitgehende Anordnung nicht nur das Vertrauen zu sich selbst, sondern überhaupt zur Schule erschüttert; er gab Veranlassung zur Abschwächung — selbst in den Schülern — der Achtung vor anderen, vollständig begründeten Schulanforderungen. Jede ungerechtfertigte Verfügung trägt zur Lockerung der Zucht und Ordnung bei, zumal nun eine solche, durch welche ein Kind dafür bestraft werden soll, weil es während des Spieles auf dem Hofe sich in einer Sprache vernehmen läßt, welcher es sich bei der Unterhaltung mit den Eltern bedient und in welcher es zu Gott betet. Was soll der Schüler aber von einem Rektor und Lehrer halten, welcher ihn für solche Uebertretungen straft? In welche Lage sind die Lehrer der III. Stadtschule versetzt, welche gezwungen sind zu spioniren, ob das ungesetzmäßige Verbot von den Schülern beachtet werde! In weiterer Schlussfolgerung fiel den Schülern deutscher Nationalität die Rolle von Spionen zu, welche die Verpflichtung haben, dem Klassenordinarius Anzeige zu erstatten, sobald ein polnischer Schüler ein polnisches Wort fallen läßt.

Die Schülerin der III b. Klasse Sophie Kosmalska ging während der Pause auf dem Hofe schweigend auf und ab; zuletzt nahm das lebhafteste Temperament überhand über die erzwungene Ueberlegung und ihren Lippen entfiel ein polnisches Wort. Ein Hüter der Beachtung des Klases, welchem dieser undeutsche Laut zu Ohren kam, ließ nach Feststellung der Person der Uebertreterin sie der Lehrerin Denisch anzeigen. Den Willen des Hüters erfüllte die Schülerin Uden. Fräulein Denisch verfuhr laut Anweisung des Rektors p. Rzesniżek und indem sie die Worte wiederholte: „ihr sollt nicht in der Pause polnisch sprechen, sondern deutsch,“ gab sie der p. Kosmalska zwei Hiebe mit dem Rohrstock auf die Hand.

Die Pädagogik und mit ihr auch die Regierungen empfehlen natürliche Strafen, d. h. die Strafen sollen dem Vergehen entsprechen. Wir möchten gern wissen, in welchem Verhältniß im vorliegenden Falle die Strafe zu der angeblichen Uebertretung steht. Der p. Rzesniżek erachtet des auf dem Schulhofe gesprochene polnische Wort augenscheinlich für ein großes

Vergehen, wenn er sogar Mädchen körperlich züchtigen läßt. Würden wohl Comenius oder Pestalozzi sich mit einer derartigen Auffassung von der Schuld und mit einem solchen Strafmaß einverstanden erklären?

Herr Rzesniſek betrachtet sein Verbot selbst nicht als eine Handlung, welche die öffentliche Kritik aushalten könnte, denn er äußerte den Wunsch, die Kenntniß von der betreffenden Anordnung solle die Schulmauern nicht verlassen. Schlimm genug, daß in der Schule Dinge vorkommen, die sich nicht in Schutz nehmen lassen und die das Tageslicht scheuen.

Durch dieses strenge Verbot schadet p. Rzesniſek nur den Deutschen, welche ihm, unserer Ansicht nach, für die Nachahmung der Russen nicht dankbar sein werden.

Der Magistrat, welcher auf Antrag der aus den Herren Oberbürgermeistern Witting, Bürgermeister Künzer, Stadtrath Dr. Bail, Buchhändler Türk, Dr. Landsberger, Landgerichtsrath Slawski, Professor Dr. Lawes, Oberlehrer Dr. Beck, Professor Kranz und Schwalbe zusammengesetzten Schuldeputation den p. Rzesniſek nach Posen einberief, besitzt über die Rektoren keine Disziplinargewalt, sondern muß bei der Regierung den Antrag stellen, die Angelegenheit einer Prüfung zu unterziehen und nach Feststellung der Thatsache den p. Rzesniſek zur sofortigen Zurücknahme des willkürlichen und ungesetzmäßigen Verbots zu veranlassen. Will Letzterer in einer rein deutschen Umgebung leben, so müßte er nach einer Gegend verſetzt werden, in welcher keine Polen leben und wo kein polnisches Wort ihn unangenehm berührt.

Aus der Provinz Westpreußen.

Aus Nr. 137 der Gazeta Toruńska
vom 17. Juni 1893:

„Wahlmanipulationen.“

Grabia, 15. Juni.

Wunderbare Manipulationen sind bei uns in Grabia gelegentlich der Wahlen vorgenommen worden. Wenn überall so vorgegangen werden sollte, dann dürfte unsre Niederlage unschwer herbeigeführt werden. Wir hatten ein wachſames Auge darauf, daß alle Wahlberechtigten in die Listen eingetragen würden. Was nützt dies jedoch, wenn später eine ganze Anzahl derselben wieder gestrichen wird, so daß dieselben heut unverrichteter Sache mit ihren Wahlzetteln abgehen mußten. Hierfür giebt es wohl keinen Rath, da doch die genaueste Durchſicht der Wahllisten keinen Erfolg verspricht. Wenn der Wähler sich überzeugt, daß er in die Liste aufgenommen ist, so glaubt er, daß die Sache jetzt in Ordnung sei. Ohne etwas zu ahnen, daß sein Name gestrichen ist, ohne also sein Recht wahren zu können, wird ihm an der Wahlurne eröffnet, daß er kein Recht zur Stimmenabgabe habe. Wie soll man sich davor schützen? Noch sind die Wahlen nicht geschlossen und bereits sind mir mehrere solche Fälle zugetragen worden.

Wojciech Wroziński (?) aus Maciejewo war im Jahre 1889 naturalisirt worden. In dem bezüglichen Dokument steht ausdrücklich vermerkt, daß er im Besitze aller dem preußischen Unterthanen zustehenden Rechte sei. Anfangs wurde er auch in die Listen aufgenommen und ihm bei den früheren Wahlen die Abstimmung gestattet. Jetzt hat man ihn in den Listen gestrichen und ihn von der Wahl zurückgewiesen, da man ihn für einen „polnischen Ueberläufer“ hält. Aus derselben Ursache wurde auch ein gewisser im Jahre 1889 ebenfalls naturalisirt Michael Bednarek aus Grabia von der Ausübung seines Bürgerrechts fern gehalten. Ebenso

wurde Xaver Bandurski aus Pieczen nicht zur Wahl zugelassen, weil er angeblich zu jung war, obgleich er schon 26 Jahr alt ist. Er hätte dies unter Beweis gestellt, wenn man ihn bei der Eintragung in die Listen überhaupt fortgelassen hätte. Da dies nicht der Fall war, hielt er die Beibringung eines Altersnachweises für nicht erforderlich, und heut — ist es zu spät. Lukas Domagalski aus Grabia war Anfangs nicht in den Listen vermerkt. Man holte dies auf meine Vorstellung nach. Trotzdem wies man seinen Wahlzettel zurück mit der Motivirung, daß er im Vorjahre aus der Armenkasse Unterstützung erhalten habe. Nach seiner Behauptung ist dies nicht der Fall. Solcher Vorkommnisse dürfte es mehr geben, und ich werde dieselben, wenn ich sie in Erfahrung bringe, der geehrten Redaktion melden.“

Aus Nr. 137 des Ogdownik
vom 18. Juni 1893:

Die „Gazeta Gdanska“ schreibt:

„Gelegentlich der letzten Wahlen haben die Deutsch-katholiken 322 Stimmen verloren und die Sozialisten am meisten gewonnen. Die Thätigkeit der hiesigen Deutschkatholiken zeitigt abschreckende Früchte, — denn siehe da, die katholische Arbeiterbevölkerung strömt dem Sozialismus schaarenweise zu.“

Das ist daselbe, was wir gestern über unsere Hofspartei sagten. Unsere Geistlichen, die derart für dieselbe Propaganda machen, arbeiten den Sozialisten in die Hände. In Posen wurde in einer gewissen Parochialkirche die Kandidatur Cegielski warm empfohlen. Die Deutschkatholiken, die während des Gottesdienstes zugegen gewesen waren, wunderten sich darüber sehr, und die Sozialisten nützten auf der Straße des Predigers Worte in ihrer Weise aus. Die Bestürzung mancher Posener Kreise war eine so große, daß man befürchtete, die Zahl der Sozialisten werde auf 3000 anwachsen. Die Sache ist erklärlich; unsere Herren von der Hofspartei arbeiten nur mit Schimpfworten und Schmähbrieffen. Das reicht jedoch nicht aus!“

Aus Nr. 141 der Gazeta Toruńska
vom 22. Juni 1893:

„Kompromiß zwischen Sozialdemokraten und Polen.“

Man berichtet aus Bromberg, daß der Führer der dortigen Sozialisten, Herr Boggs, erklärt habe, seine Partei werde bei den Stichwahlen für den Polen stimmen. Aehnliche Nachrichten beginnen auch hier in Thorn zu kursiren.

Wir wollen diese Thatsache ununtersucht lassen, mit Rücksicht jedoch auf die bedeutende Zahl der Polen, die ihrer Unzufriedenheit mit ihrer gegenwärtigen Lage und dem gesamten gesellschaftlichen Zustande innerhalb der Arbeiterschaft dadurch Ausdruck gaben, daß sie den Sozialisten wählten, bemerken wir ohne Umschweife, daß wir deren Wiedervereinigung mit der Gesamtheit der Landsleute freudig begrüßen.“

Aus Nr. 140 der Gazeta Toruńska
vom 21. Juni 1893:

Sind die Reichstagswahlen freie oder unfreiwillige?

Aus Stuhm.

Am 11. ds. Mts. beſahl der Kreisbaumeister Herr Lucas aus Stuhm dem in Spittelsdorf wohnhaft

und 12 Jahre an der Kreischauſſee zwischen Mlecew und Hohendorf beſchäftigt geweſenen Arbeiter Johann Salewski, vor den Wahlen zu ihm zu kommen. Am Sonntag nach dem Gottesdienſt kam S. dieſem Befehle nach und begab ſich in die Wohnung des Herrn Lucas. Dieſer fragte den S.: „Wen werdet Ihr wählen?“ worauf der Gefragte erwiderte: „Herrn v. Donimirski aus Hinterſee“. „Gewährt Euch dieſer Herr denn irgend einen Vortheil?“ lautete die zweite Frage des Herrn Lucas. „Nein“, antwortete S. „aber Herr v. D. iſt meines Glaubens und meiner Nationalität, darum wähle ich ihn.“ Hierauf ſuchte der Herr Kreisbaumeiſter zu erfahren, ob S. nicht geneigt ſei, für einen anderen Kandidaten zu ſtimmen. Der Arbeiter erklärte, ſich lieber der Wahl enthalten zu wollen, ehe er dies thue, da es ſich bei den Wahlen um die Vertheidigung religiöſer Intereſſen handle. Lezteres ſuchte ihm ſein Widerpart auszureden und gab ihm ſodann drei polniſch abgefaßte Broſchüren mit dem Erſuchen, ſelbige ſeinen Arbeitsgenoſſen zum Leſen auszuhändigen. Für die Wahlen empfing Salewski von dem Aufſeher Schulz Wahlzettel auf Herrn v. Buddenbrock-Dittlau lautend. Salewski nahm in Gurka an der Wahl theil, wo nur drei Stimmen für den letztgenannten Deutſchen, dagegen 65 für den polniſchen Kandidaten Herrn v. Donimirski abgegeben worden ſind.

Am 16., dem Tage nach der Wahl, händigte der Aufſeher Schulz dem Salewski einen Brief des Herrn Lucas ein, der die Mittheilung enthielt, daß der Arbeiter Salewski entlaſſen ſei. Der Aufſeher fragte nach der Urſache, worauf der Entlaſſene nur anzuſühren wußte, daß er ſich keines Vergehens bewußt ſei, jedoch habe er nicht nach dem Willen des Herrn Baumeiſters gewählt. Schulz eröffnete dem Salewski, daß er ſeine Beſchäftigung ſofort aufzugeben und am 1. Juli ſeinen Lohn in Empfang zu nehmen habe. Der Aufſeher bedauerte, daß der ſtets geſtandene, ordentliche Arbeiter ſeines Dienſtes verluſtig gehe.

Aus den Zeitungen Oberſchleſiens.

Aus Nr. 25 der Praca (Beiblatt zum Katolik)
vom 20. Juni 1893:

Beschwerden der Vergarbeiter.

Zabrze.

Aus den Tarnowitzer Nachrichten in der Praca habe ich in Erfahrung gebracht, daß die Arbeiter, falls ſie ſich ſchriftlich an dieſes Blatt wenden, Arbeitsordnungen in polniſcher Sprache erhalten. Wir beſitzen ebenfalls eine neue Arbeitsordnung, wiſſen jedoch nicht, was dieſelbe enthält. Wir wenden uns daher an den Herrn Direktor mit der Bitte, die Arbeitsordnung ins Polniſche überſetzen und drucken zu laſſen.

Königliche Schneidemühle Zabrze.

Wir arbeiten 14 Mann in der Schneidemühle, erhielten auch eine Arbeitsordnung, in welcher enthalten iſt, daß diejenigen Arbeiter, welche 12 Stunden arbeiten, zwei Stunden Pauſe haben ſollen und zwar Mittags eine Stunde, Vor- und Nachmittags je eine halbe Stunde. Dieſe Ruhezeit hatten wir bis jezt noch nicht, wir haben keine Zeit, um ein Stückchen Brod zu eſſen.

Unſere Arbeit dauert von 6 Uhr früh bis 12 Uhr Mittags und von 1 bis 6 Uhr Nachmittags; wo anders iſt um 8 Uhr Frühſtück, bei uns iſt keine Pauſe. Wir bitten den Herrn Direktor, geſtatten zu

wollen, daß wir zum zweiten Frühſtück ein Stückchen Brod eſſen können, denn unſere Arbeit iſt ſehr ſchwer, die Hölzer ſind dick und naß.

Die Löhnung findet zweimal monatlich ſtatt; ſie beginnt um 5 Uhr Nachmittags und dauert eine halbe Stunde, dann müſſen wir Arbeiter der Schneidemühle noch bis 6 Uhr arbeiten, während die Anderen nach Hauſe gehen und uns Sklaven und den Beamten Gefangenenaufſeher nennen. Unſere Genoffen, die Tiſchler, Schichtarbeiter u. ſ. w. arbeiten ebenfalls auf Accord, können jedoch nach der Löhnung nach Hauſe gehen, wir dagegen haben kaum ſo viel Zeit, um das Geld einzustecken.

Die Redaktion der „Praca“ giebt den Arbeitern den Rath, ſich Beſchwerde führend an den Direktor zu wenden, welcher mitunter nicht weiß, was überall geſchieht.

Kattowitz.

Nirgends beſitzen die Arbeiter mehr Geduld, als in Welnowitz, denn ſie machen dort mit uns, was ſie wollen. In dieſem Monat erſchien der Direktor und fragte, weshalb wir nicht unſere Waaren aus dem Konſumverein entnehmen? Wir erhalten aber keinen Vorſchuß und monatlich wird nur einmal — etwa um die Mitte des Monats — ausgezahlt. In dem Konſumverein bekommen wir nichts geliehen und Geld haben wir nicht, wir müſſen daher dem Juden ein gutes Wort geben. Um Vorſchuß wagen wir nicht zu bitten, denn die Herren würden es gleich übel nehmen; auf Frauen, Kinder und die alten Arbeiter wird keine Rückſicht genommen, ein alter Arbeiter wird entlaſſen und damit iſt die Sache zu Ende. Auch iſt die Arbeit zu ſchwer, wir müſſen Kanäle reinigen, wir ſollen Doppelschichten machen und ein alter Arbeiter kann doch nicht mehr wie eine Schicht ſchaffen, und wenn er ſich auch ſehr abarbeitet, ſo verdient er doch weniger, als ein junger Arbeiter. Wir wenden uns an den Herrn Direktor mit der Bitte, anordnen zu wollen, daß wir öfter ausgezahlt werden und wir werden ſodann in dem Konſumverein kaufen; wir wollen aus den Händen der Juden befreit werden.

Aus den Rheinlanden und Weſtfalen.

Aus Nr. 69 des Wiarus Polski
vom 17. Juni 1893:

„Sandweg von den polniſchen Angelegenheiten.“

Die von der polniſch-katholiſchen Wahlverſammlung in Geſenkirchen am 11. Juni aufgeſtellten und angenommenen 4 Reſolutionen zentrumsfreundlicher Tendenz regen die Ultramontan-polniſchen Blätter Wiarus und Kurjer mächtig auf. Erſterer ſucht die in den Reſolutionen aufgeſtellten Behauptungen vom national-polniſchen Standpunkte aus in folgender Weiſe zu entkräftigen:

„Die erſte Reſolution ſpricht aus, daß nur die Zentrumsparthei die Intereſſen und das Wohl der Arbeiter im Reichs- und Landtage ſchütze und verſechte. Die Polen hätten ferner vor, für Herrn Fuchs (den Zentrums-kandidaten) zu ſtimmen, vertrauend, daß das Centrum alle berechtigten Forderungen der polniſchen Abgeordneten wohlmeinend unterſtützen würde. Die großen „Patrioten“

in Gelsenkirchen befunden also allen Deutschen durch das Organ des Herrn Münstermann (ultramontane „Gelsenkirchner Zeitg.“), daß einzig das Zentrum das Heil des Arbeiters erstrebe und die Polenfraktion nichts werth sei, und das in dem Vertrauen, daß das Zentrum alle berechtigten (fordert die polnische Fraktion etwa Unberechtigtes?) Forderungen der polnischen Abgeordneten wohlmeinend unterstützen würde! (Welche Güte! — es fragt sich nur, wann dies „wohlmeinend“ sich verwirklichen wird!) Mit solcher Spreu fängt man alte Späßen nicht; „Herr Münstermann hat jedoch die großen „Patrioten“ in Gelsenkirchen eingefangen, ein Zeichen, daß sie die Rinderschulze noch anhaben.

Die zweite Resolution berührt die Militärvorlage und die Steuern. Naturgemäß sind die Bürger bei geringen Abgaben besser daran. Hier tritt jedoch die Frage in den Vordergrund: „hat die polnische Fraktion unserer Sache durch ihr Eintreten für die Militärvorlage gedient oder nicht?“ Das können weder Herr Münstermann noch seine „polnischen“ Freunde beurtheilen, da ihnen die Voraussetzungen fehlen. Darüber können einzig und allein die polnischen Abgeordneten Auskunft ertheilen, die damit vertrauter sind als der uns Polen gleichgültige Redakteur der „Gelsenkirchner Zeitg.“ und alle großen „Patrioten.“

Die dritte Resolution ist gegen den Sozialismus gerichtet. „Wir beschließen“ — schreibt das Organ des Herrn Münstermann, — „als treue Söhne des einigen Vaterlandes an der bisherigen staatlichen Ordnung festzuhalten und den heiligen Glauben unserer Väter zu schützen.“ Wo steckt denn das Nationalgefühl der „polnischen Patrioten“? Wahrscheinlich ist es im „einigen Vaterlande“ des Herrn Münstermann untergegangen?! Von jetzt an können wir die Veranstalter der polnisch-deutschen Versammlung in Gelsenkirchen nur als zeitweise noch polnisch sprechende Deutsche betrachten, nie mehr jedoch als Polen.

Die vierte Resolution ist unseren Lesern bereits bekannt. Wir kennzeichnen hier nur die Scheinheiligkeit des Münstermann und Genossen. Nach der ersten Resolution soll das Zentrum anscheinend die „berechtigten“ Forderungen unserer Abgeordneten unterstützen, — und in der vierten verachtet es dieselben als „Hofpartei, wird der Wiarus dafür verdammt, daß er diese Partei unterstützt, (soll er etwa die Deutschen unterstützen?) und mit ihr sympathisirt, (mit den Polenfreßern und deren Werkzeugen zu sympathisiren ist unmöglich), wodurch alle Polen in der Fremde geschädigt würden. (Kann es denn für die Söhne des „geeinten Vaterlandes“ eine Fremde geben?) Es wäre uns angenehm zu erfahren, worin wir die große Schädigung erblicken sollen. Das geruhten uns die „treuen Söhne des geeinten Vaterlandes“ nicht zu sagen.

Wenn Herr Münstermann die Spaltung innerhalb des Polenthums so sehr befürchtet, so können wir ihm nur raten, lieber das Zentrum in seine Gut zu nehmen, damit es sich nicht in alle Widrigkeiten verflüchtige; — hier Liberale, da Schorlemer, hier Huene, dort Lieber! **Hand weg von den polnischen Angelegenheiten!** Wo blieb denn die „Gelsenkirchner Zeitg.“ bei der Affaire mit den polnischen Fahnen? Damals kannte Herr M. uns Polen nicht. Erst dann erinnert er sich derselben, wenn das deutsche Zentrum die polnischen Stimmen gebraucht. Das ganze Verdienst Herrn M.'s. beruht darin, daß

er den Polen sein Organ aufdrängt, in welchem Inzerate enthalten sind, die uns „Dachsen“ nennen.

Den Untrieben des Herrn M. und anderer solcher „Gönner“ wird bald ein Ende gemacht werden. Damit die Deutschen auch hier in der Fremde angewiesen seien, mit den Polen zu rechnen; damit den wenig umsichtigen Polen nicht seitens derselben Resolutionen aufgedrängt werden, worin sie öffentlich ihr Vaterland und ihre polnische Nationalität verleugnen, werden wir uns auf einer öffentlichen Volksversammlung eine zweckentsprechende Organisation schaffen.

Die Erfahrung hat uns nämlich gelehrt, daß sich infolge unserer Zusammenhangslosigkeit die politische Verwirrung mehrt und Tausende polnischer Stimmen geradezu vergeudet werden.

Schließlich bemerken wir noch, daß auf der Gesamtheit unserer Landsleute in Gelsenkirchen der Vorwurf lasten wird, daß sie ihr Volksthum abgeleugnet haben, so daß ganz Polen sie solange für Abtrünnige halten wird, bis sie entweder in einer neuen, rein polnischen Volksversammlung, oder durch einen mit zahlreichen Unterschriften versehenen Protest bezeugt haben, daß sie mit den Beschlüssen der Münstermannschen Versammlung vom 11. d. M. nichts gemein haben.“

Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 134 der Nowa Reforma
vom 15. Juni:

Der Wahlwist in Posen.

Posen, den 13. Juni 1893.

Der Lohhudler der „preussischen Zeiten“ und des den polnischen Privatunterricht einschränkenden Reskripts des Kreis-Schulinspektors Schwalbe, der extreme preussische Loyalist, Dr. Szymanski, der Redakteur des Drendownik, bricht wirklich die Solidarität, die in unseren Verhältnissen das wichtigste nationale Gesetz darstellt, und tritt als Gegenkandidat des bisherigen posenschen Abgeordneten Cegielski auf den Plan. Wer bei uns die Solidarität bricht, begeht einen politischen Selbstmord innerhalb unseres nationalen Organismus, da er dem gemeinsamen Feinde den schließlichen Sieg erleichtert und dem Sozialismus den Weg zu unserm Untergange bahnt. Als der Goniec Wielkopolski im Jahre 1883 zu Gunsten des verstorbenen Wladislaus Miegolewski die Solidarität aufgab und gegen die Kandidatur Cegielski auftrat, da kannte Herr Szymanski in seinem Blatte bei der Verdammung dieses feindlichen Schrittes keine Grenzen. Dabei war es eine ganz andere Standarte, unter welcher der Goniec zu Felde zog, denn der Name „Miegolewski“ wurde in ganz Polen allgemein als der eines feurigen Patrioten und bedeutenden Parlamentariers genannt. Aber vom Standpunkt der nationalen Einmütigkeit ward die damalige Sezession als sündlich allgemein verdammt, wovon der bedeutende Sieg des von der Wahlbehörde legal ernannten Kandidaten Zeugniß ablegte.

Heut begeht derselbe Drendownik, derselbe Dr. Szymanski, nachdem er die Sprengung der Versammlungen und die brutale Empörung gegen jede Wahlbehörde zur Wahllosung gemacht hat, dieselbe That, deren sich einst der Goniec schuldig machte, aber er begeht sie zugleich unter der Firma des widerlichsten Egoismus.

Jetzt zeigt es sich, daß es sich bei der ganzen räuberischen Aktion des Drendownit um nichts weiter gehandelt hat, als um die Durchbringung der Kandidatur Szymanski, eines Mannes, der nach dieser Würde bereits lange trachtet, sichtlich darum erfolglos, weil es ihm an Ständigkeit der politischen Grundsätze mangelt, und er sich stets durch eine widerliche Preußenfreundlichkeit hervorthat.

Eine Zeit lang gewann es den Anschein, als beabsichtige er nicht, uns seine Person als Abgeordneten-Kandidaten aufzudrängen. Ja, er mißbrauchte sogar den Namen des Prälaten v. Jazdzewski zu seinen Zwecken. Als derselbe jedoch aus dieser Hand keine Kandidatur entgegennehmen wollte, zeigte es sich, daß es sich dem Dr. Szymanski um nichts anderes, als um die Befriedigung seines persönlichen Ehrgeizes handelte.

Ueber das Endresultat der Wahlen machen wir uns trotz der außergewöhnlich lebhaften Agitation der Deutschen, der Sozialisten und der noch schlimmeren Gegner im eigenen Lager keine Sorgen. In der That ist es möglich, daß unser Kandidat nicht sogleich im ersten Wahlgange siegt, doch das ändert das Resultat nicht, da dann in den Stichwahlen der Sieg unseres Kandidaten ein um so sicherer sein wird. Die Frucht der zwisterzeugenden Thätigkeit des Lobhudlers der „preussischen Zeiten“ wird die sein, daß alle Gutgesinnten, vor allem die Gebildeten sich die Hände reichen werden, um in eifriger Arbeit zu bewirken, daß der von diesem Posener Agitator über gewisse Volkschichten ausgeübten Herrschaft für immer ein Ende bereitet werde.“

Redigirt von Zacher, Polizeirath.

Königlicher Polizei-Präsident von Nathusius.